

Rechtshandbuch Korruptionsbekämpfung

Prävention – Vergabeverfahren – Sanktionen –
Selbstreinigung

Herausgegeben von

Dr. Thomas Ax

Rechtsanwalt, Maître en Droit (Paris X – Nanterre)

und

Matthias Schneider

Rechtsanwalt

unter Mitarbeit von

Bastian Haverland

Rechtsanwalt

Sascha Häfner

Rechtsanwalt

Alexa Häner

Rechtsanwältin

Sabine Keseberg

Rechtsanwältin

Marion Leukert

Rechtsanwältin

Dr. Marcus Napp

Rechtsanwalt

Kai Henning Terschüren

Rechtsanwalt

Andreas Wagner

Rechtsanwalt

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/3 503 09385 0](http://ESV.info/3_503_09385_0)

ISBN-13: 978 3 503 09385 4
ISBN-10: 3 503 09385 0

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2006
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der Stempel Garamond, 10/12 Punkt

Satz: multitext, Berlin
Druck: Strauss, Mörlenbach

Vorwort

Die Bekämpfung der Korruption ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Das kollusive und korruptive Zusammenwirken mit Amtsträgern erschüttert das Vertrauen der Rechtsgemeinschaft in die Integrität der öffentlichen Verwaltung. Unter Korruption ist der Missbrauch eines politischen Amtes für ökonomische Zwecke zu verstehen. Bestechung oder Parteispenden sind nur die medienintensiven Bereiche der Korruption. Statt Bargeld zu verlangen, kann es der Politiker oder Beamte raffinierter anstellen und vom Bevorteilten erwarten, dass er sich eines Tages auf irgendwelche unauffällige Weise dankbar zeigt. Eine andere Form der Korruption ergibt sich dadurch, dass der Staat zum Teil selber wirtschaftlich aktiv ist.

Es steht nicht infrage, dass der ganz überwiegende Teil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst seine Pflichten gegenüber dem Staat, seine Treuepflicht, einhält und seine Aufgaben unparteiisch, gerecht und zum Wohl der Allgemeinheit wahrnimmt. Die Wenigen, die korrupt sind, verursachen aber auch beträchtlichen materiellen Schaden zulasten der Allgemeinheit und schädigen das Ansehen.

Das vorliegende Buch soll dazu dienen, der Korruption zukünftig noch wirkungsvoller vorzubeugen, korruptive Praktiken aufzudecken, zu verfolgen und zu ahnden. Es bietet allen Beschäftigten und Betroffenen eine Richtschnur ihres Verhaltens und ist zugleich Handlungsanleitung und Hilfestellung, um behörden- und fachspezifisch die notwendigen Maßnahmen zur Korruptionsprävention und -bekämpfung treffen zu können.

Das Werk zeigt in verschiedenen Rechtsgebieten die potentiellen Schwachstellen auf, die geeignet sind, die beschriebene Korruption und deviantes Verhalten zu erleichtern. Dieser Themenkomplex fällt unter das Stichwort Korruptionserkennung. In einem zweiten Schritt werden die diesbezüglichen rechtlichen Grundlagen erläutert, die Rechtsfolgen bei einer aufgedeckten Korruption aufgezeigt. Um in der Praxis einen wichtigen Leitfaden darzustellen, werden verschiedene Maßnahmen vorgestellt, die zu ergreifen wären, um diese Schwachstellen zu beseitigen bzw. soweit wie möglich zu entschärfen. Dies dient einer effektiven Korruptionsvermeidung.

Thematisch widmet sich das Rechtshandbuch sodann der Bekämpfung der Korruption im Vergaberecht. Stets werden schwerwiegende Verdachtsmomente publik, wonach es im Zusammenhang mit Auftragsvergaben der öffentlichen Hand zu Manipulationen gekommen sei. Angesichts dieser, in der Öffentlichkeit viel beachteten und diskutierten Vorfälle, gilt es, in dem sensiblen Bereich des Vergabeverfahrens rechtsicher zu sein. Vor allem, da auf Auftraggeber- und Bieterseite die Aufhebung des Verfahrens bzw. ein Ausschluss vom Wettbewerb droht. Doch was ist Auftragnehmen und Bieten im Rahmen des Gleichbehandlungs- und Transparenzgebotes noch erlaubt? Das Rechtshandbuch Korruption hat die Zielsetzung, die schwierige Grenze zwischen legalem und illegalem Wettbewerb aufzuzeigen, damit Vergabeverfahren zukünftig einwandfrei durchgeführt werden.

Doch nicht nur im Vergaberecht ist Korruptionsbekämpfung ein Thema. Die unmittelbare Auswirkung einer Korruption und deren Problematik zeigt sich oftmals erst bei Vertragsschluss. Die sich daraus ergebenden Rechtsfolgen sind nicht einfach zu überblicken, so dass es hier einer Anleitung zur Handhabung – auch im arbeitsrechtlichen Bereich – der unterschiedlichen Möglichkeiten bedarf.

Ein weiterer Themenabschnitt beschäftigt sich mit der strafrechtlichen Ausgestaltung der Korruptionstatbestände. Die Regelungen des Abschnitts Straftaten gegen den Wettbewerb sind Ausgangspunkt für viele andere Verordnungen und müssen sowohl auf der Tatbestandsseite als auch auf der Rechtsfolgenseite sicher beherrscht werden.

Das Rechtshandbuch schließt mit den Kapiteln Maßnahmen zur Selbstreinigung und Korruptionsregister.

Neckargemünd, im März 2006

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort.....	5	
KAPITEL I:		
Korruptionserkennung und Vermeidung	23	
1. Einleitung.....	25	1
2. Korruptionserkennung.....	26	2
2.1 Korruptionsgefährdete Bereiche.....	26	3
2.2 Ethikregeln zur Korruptionsvorbeugung.....	27	4
2.3 Korruptionserkennung.....	27	5
2.3.1 Begriffsbestimmung.....	27	6
2.3.2 Grundsatz.....	29	7
2.3.3 Ausnahmen und Sonderregelungen.....	29	8
3. Korruptionsvermeidung.....	30	9
3.1 Allgemeine Verhaltensregeln zur Korruptionsvermeidung.....	30	9
3.2 Besondere Verhaltensregeln zur Korruptionsvermeidung.....	31	10
3.3 Problem der Nebentätigkeiten.....	31	11
3.4 Behandlung von anonymen Eingaben und Anzeigen.....	32	12
3.5 Personelle Maßnahmen.....	32	13
3.5.1 Sensibilisierung der Beschäftigten.....	32	14
3.5.2 Aus- und Fortbildung.....	33	15
3.5.3 Führungsverantwortung.....	33	16
3.5.4 Personalauswahl.....	33	17
3.5.5 Personalrotation.....	34	18
3.6 Organisatorische Kontrollmechanismen.....	34	19
3.6.1 Transparente Aktenführung.....	34	20
3.6.2 Allgemeine Vorgangskontrolle, Dienst- und Fachaufsicht.....	34	21
3.6.3 Mehraugenprinzip.....	34	22
3.6.4 Revision.....	35	23
3.6.5 Ansprechpartner für Korruptionsvorsorge.....	35	24

	Seite	Rn.
3.6.6	Organisation von Beschaffungs- und Vergabestellen	35 25
3.7	Öffentlichkeitsarbeit	35 26
4.	Verhalten bei einem Korruptionsverdacht	35 27
4.1	Pflichten der Beschäftigten und Vorgesetzten	36 28
4.2	Ermittlung durch Strafverfolgungsbehörden	36 29
5.	Neuer Ansatz in der Wirtschaftsethik	36 30
6.	Bestimmungen zum Sponsoring	37 31
7.	Musterklauseln	39 32
 KAPITEL II: Ursachen, Entwicklung, Auswirkungen, Maßnahmenträger		
		41
1.	Einführung	43 33
1.1	Ursachen und Entwicklung	43 33
1.1.1	Ursachen	43 33
1.1.2	Entwicklung	45 34
1.2	Indikatoren und Auswirkungen	46 35
1.2.1	Indikatoren	46 35
1.2.2	Auswirkungen	47 36
2.	Maßnahmenträger der Korruptionserkennung und -bekämpfung	48 37
2.1	Internationale Organisationen	48 37
2.1.1	Vereinte Nationen	49 38
2.1.2	Welthandelsorganisation (WTO)	49 39
2.1.3	OECD	50 40
2.1.4	Weltbank	50 41
2.1.5	Internationale Handelskammer	51 42
2.1.6	Afrikanische Union	51 43
2.1.7	Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)	52 44
2.2	Maßnahmenträger der EU	52 45
2.2.1	OLAF	52 45
2.2.2	Europol	53 46
2.2.3	Eurojust	54 47
2.2.4	EZB	54 48
2.2.5	GRECO-Evaluierungen	54 49
2.2.6	Weitere Maßnahmen	55 50

		Seite	Rn.
2.3	Bund.	56	51
2.3.1	Implementierung eines Informationsfreiheitsgesetzes (Bund).	56	51
2.3.2	Bestrebungen des Bundes zur Implementierung eines „Gesetzes zur Einrichtung eines zentralen Registers über unzuverlässige Unternehmen“	56	52
2.3.3	Neufassung der Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung .	57	53
2.3.4	Korruptionsbekämpfungsgesetz	57	54
2.3.5	Bundesangestelltentarifvertrag	57	55
2.3.6	Manteltarifvertrag für Arbeiter	57	55
2.3.7	Disziplinarrecht	58	55
2.4	Länder	58	56
2.4.1	Polizeiliche Konzeption zur Bekämpfung der Korruption	58	56
2.4.2	Gemeinsame Ermittlungsgruppen	59	56
2.4.3	Organisatorische Änderungen	59	56
2.4.4	Schwerpunktstaatsanwaltschaften.	59	56
2.4.5	Sonstige besondere Stellen	60	56
2.4.6	Vertrauensanwalt	60	56
2.4.7	Richtlinien der Landesregierung für die Verwaltung	60	57
2.4.8	Korruptionserlass	61	58
2.4.9	Korruptionsbekämpfungsgesetz in NRW	61	58
2.4.10	Haushaltsordnungen und entsprechende Verwaltungsvorschriften	62	58
2.4.11	Disziplinarrecht	62	58
2.4.12	Kommunale Gebietskörperschaften.	62	58
2.5	Vereine, Organisationen	62	59
2.5.1	Transparency International	62	59
2.5.2	PRO HONORE e. V.	66	60
2.5.3	IHK	66	61
2.5.4	Unternehmen	66	62
2.5.5	Unternehmenspolitik.	67	62
2.5.6	Vertrauensanwalt	67	62
2.6	Online-Hinweisnahmen.	67	63
3.	Fallbeispiele.	68	64
3.1	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	68	64
3.2	Bundesverwaltungsgericht.	69	64
3.3	OVG Lüneburg	69	64

		Seite	Rn.
3.4	Bundesverwaltungsgericht	69	64
3.5	Bundesverwaltungsgericht	70	64
KAPITEL III:			
Korruption und Vertragsrecht		71	
1.	Einleitung	73	65
2.	Bewertung der Schmiergeldvereinbarung	73	66
2.1	Nichtigkeit der Schmiergeldvereinbarung	73	66
2.1.1	Nichtigkeit der Schmiergeldvereinbarung wegen Verstoßes nach § 134 BGB	73	66
2.1.2	Nichtigkeit der Schmiergeldabrede wegen § 138 BGB	77	70
2.2	Kündigung	78	71
2.2.1	Außerordentliche Kündigung	79	71
2.2.2	Abmahnungserfordernis	80	72
3.	Bewertung des Hauptvertrages	81	73
3.1	Unmittelbare Auswirkung der Abrede auf den Hauptvertrag	81	74
3.2	Unwirksamkeit des Hauptvertrages nach § 138 BGB	82	75
3.2.1	Entwicklung in der Rechtsprechung	82	75
3.2.2	Sittenwidrigkeit	84	75
3.2.3	Bewertung von Hauptverträgen, die nicht nachteilig für den Geschäftsherrn sind	87	79
4.	Weitergehende Ansprüche	88	80
4.1	Ansprüche des Geschäftsherrn	88	80
4.1.1	Herausgabe des Schmiergeldes	88	80
4.1.2	Schadensersatzansprüche	89	80
4.1.2.1	Ansprüche gegen den Geschäftsführer (Korruptierten)	90	81
4.1.2.2	Ansprüche gegen den Dritten (Korruptierenden)	92	84
4.1.3	Abwehransprüche	93	85
4.2	Ansprüche des Korruptierenden	94	86
4.2.1	Anspruch auf Aufwendungsersatz	94	86
4.2.2	Anspruch auf Rückgabe des Schmiergeldes	95	87
4.3	Ansprüche der Wettbewerber	96	88
4.3.1	Schadensersatzansprüche	96	88

		Seite	Rn.
4.3.2	Wettbewerbsrechtliche Abwehransprüche	97	89
5.	Musterklauseln	98	90
5.1	Vertragsstrafenregelung, § 339 BGB.	98	90
5.2	Schmiergeldverbot	98	91
KAPITEL IV:			
Korruption und Arbeitsrecht			
		99	
1.	Einleitung	101	92
2.	Korruption und Arbeitsrecht	101	92
2.1	Keine gesetzliche Regelung der Korruption im arbeitsrechtlichen Bereich	101	93
2.2	Allgemeine arbeitsrechtliche Grundsätze.	102	93
2.2.1	Die Treuepflicht des Arbeitnehmers	102	94
2.2.2	Die Bestechlichkeit als Verstoß gegen die arbeitsrechtliche Treuepflicht	103	95
3.	Die Möglichkeit von betrieblichen Regelungen zur Korruptionsvermeidung	104	96
3.1	Personalrotation im arbeitsrechtlichen Bereich.	105	97
3.2	Vier-Augen-Prinzip im Arbeitsrecht	106	98
3.3	Verbot der Geschenkannahme	108	99
4.	Reaktions- und Sanktionsmöglichkeiten des Arbeitgebers	108	100
4.1	Kündigung.	109	100
4.1.1	Die Anforderungen an die Kündigungserklärung.	110	101
4.1.1.1	Form	110	101
4.1.1.2	Inhalt	110	102
4.1.1.3	Zugang.	110	103
4.1.1.4	Betriebsratsbeteiligung.	110	104
4.1.2	Die ordentliche Kündigung.	111	105
4.1.3	Die außerordentliche Kündigung.	112	106
4.1.4	Ist eine vorherige Abmahnung erforderlich?	114	107
4.1.4.1	Allgemeines.	114	107
4.1.4.2	Abmahnungserfordernis bei Korruptionsfällen	116	108
4.1.5	Ist ein Schaden erforderlich?	118	109
4.1.6	Möglichkeit einer Verdachtskündigung.	119	110
4.2	Schadenersatz	124	111
4.3	Herausgabeanspruch	127	112

	Seite	Rn.
KAPITEL V:		
Korruption und Strafrecht	131	
1. Korruption: Erscheinung, Begriff und Bedeutung	133	113
1.1 Korruption im privaten Sektor	133	113
1.2 Korruption im strafrechtlichen Bereich – Verfahrenszahlen	133	114
1.3 Straftaten in Zahlen	135	115
1.4 Begleitdelikte	137	116
1.5 Tatverdächtige in Zahlen	138	117
1.6 Art und Höhe der Vorteile	138	117
2. Strafrechtliche Regelungen	139	118
2.1 Definitionen	139	118
2.1.1 Korruption im Alltagssprachegebrauch	139	118
2.1.2 Definitionen verschiedener Wissenschaftszweige.	139	119
2.1.2.1 Korruptionsbegriff im Strafrecht und in der Kriminologie	140	119
2.1.2.2 Die soziologische Begriffsdefinition	141	120
2.1.2.3 Die politikwissenschaftliche Sichtweise	142	121
2.1.2.4 Korruptionsbegriff in den Wirtschaftswissenschaften	143	122
2.1.2.5 Korruptionsbegriff in der Sozialpsychologie	143	123
2.2 Straftaten gegen den Wettbewerb.	144	124
2.2.1 § 298 StGB Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen	144	125
2.2.2 § 299 StGB Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr.	148	126
2.2.3 § 300 StGB Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr.	153	127
2.2.4 § 301 StGB Strafantrag	154	128
2.2.5 § 302 StGB Vermögensstrafe und Erweiterter Verfall	155	129
2.3 Straftaten im Amt.	156	130
2.3.1 § 331 StGB Vorteilsannahme	157	130
2.3.1.1 Tatbestand	157	130
2.3.1.2 Rechtswidrigkeit	161	132
2.3.1.3 Straferwartung	162	132
2.3.2 § 332 StGB Bestechlichkeit	162	133

		Seite	Rn.
2.3.2.1	Tatbestand.....	163	133
2.3.2.2	Rechtswidrigkeit.....	165	134
2.3.2.3	Straferwartung.....	165	134
2.3.3	§ 333 StGB Vorteilsgewährung.....	165	135
2.3.3.1	Tatbestand.....	166	135
2.3.3.2	Rechtswidrigkeit.....	166	135
2.3.3.3	Straferwartung.....	167	136
2.3.4	§ 334 StGB Bestechung.....	167	137
2.3.4.1	Tatbestand.....	168	137
2.3.4.2	Straferwartung.....	168	137
2.3.5	§ 335 StGB Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung.....	168	138
2.3.5.1	Tatbestand.....	169	138
2.3.5.2	Straferwartung.....	170	139
2.3.6	§ 336 StGB Unterlassung der Diensthandlung....	170	140
2.3.7	§ 357 StGB Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat.....	171	141
2.3.7.1	Tatbestand.....	171	141
2.3.7.2	Straferwartung.....	172	141
3.	Korruption und das Strafverfahren.....	172	142
3.1	Beginn des Strafverfahrens.....	172	142
3.2	Die Täter.....	172	143
3.2.1	Angaben zu den „Nehmern“ (Korruptierte).....	173	144
3.2.2	Angaben zu den „Gebern“ (Korruptierer).....	173	145
3.2.3	Fallbeispiele.....	174	146
3.2.3.1	Fallbeispiel „Nationalität“.....	174	146
3.2.3.2	Fallbeispiel „Dauer der korruptiven Verbindung“ .	174	147
3.3	Betrügerpersönlichkeiten.....	175	148
3.4	Kontrolldefizite.....	176	150
3.5	Unterschiede zwischen sogenannten Gebern und Nehmern?.....	177	151
3.6	Wirtschaftskriminalität.....	178	152
3.7	Zielbereiche der Korruption.....	180	154
4.	Gesetzgeberische Maßnahmen.....	180	155
4.1	Das EU-Bestechungsgesetz (EUBestG).....	180	155
4.1.1	Hintergrund.....	180	155
4.1.2	Verfahren nach dem EUBestG 2004.....	181	156
4.1.3	Fallbeispiel „EUBestG“.....	182	157

	Seite	Rn.	
4.2	Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung (IntBestG)	182	158
4.2.1	Hintergrund	182	158
4.2.2	Verfahren nach dem IntBestG 2004	184	159
4.3	Das Korruptionsbekämpfungsgesetz	184	160
4.3.1	Änderungen im Strafrecht	185	161
4.3.2	Kartellrechtliche Neuregelungen	186	162
4.3.3	Änderungen im Dienstrecht	186	163
4.4	Das zweite Nebentätigkeitsbekämpfungsgesetz	186	164
KAPITEL VI:			
Korruption und das Vergaberecht			189
1.	Problematik der Korruption im Vergabeverfahren, Allgemeine Grundsätze des Vergaberechts	191	165
2.	Allgemeine Präventionsmaßnahmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe	191	165
2.1	Zulässige Entscheidungsspielräume im Vergabeverfahren beachten	192	166
2.2	Entbürokratisierung des Vergaberechts	193	167
2.3	Wettbewerb und Transparenz	193	168
2.4	Trennung der mit der Beschaffung befassten Organisationseinheiten	194	169
2.5	Rotation	194	170
2.6	Kontrolle	195	171
2.7	Führung einer Firmen- und Bieterdatei	195	172
2.8	Sensibilisierung und Schulung	196	173
2.9	Problematik der Nebentätigkeit im Vergaberecht	196	174
2.10	„Mehr-Augen-Prinzip“	196	175
2.11	Regelungen zur Geschenkkannahme im Vergabeverfahren	197	176
2.12	„Anti-Korruptions-Beauftragte“	198	177
2.13	Ausschluss vom Vergabeverfahren	198	178
2.14	Exkurs: Auftragsperre (§ 8 Nr. 5 c VOB/A)	199	179
2.15	Zentrale Submissionsstelle	201	180
2.16	Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit	202	181
2.17	EDV-gestütztes Kontrollwesen	203	182
2.18	Dokumentation des Vergabeverfahrens/ Vergabevermerk	203	183

		Seite	Rn.
2.18.1	Festhalten und Verbalisierung einer Wertungsmatrix	203	183
2.18.2	Dokumentation der Wahl der Verfahrensart.....	205	184
2.18.3	Zeitpunkt der endgültigen Dokumentation.....	206	185
2.18.4	Einzelheiten der Dokumentation am Beispiel VOB/A	207	186
2.19	Verhaltenskodex („Code of Conduct“)	210	187
3.	Präventionsmaßnahmen während der einzelnen Vergabephasen.....	211	188
3.1	Planungs- und Ausschreibungsphase	211	188
3.1.1	Ausgereifte Entwurfs- und Ausführungsplanung..	211	188
3.1.2	Interessenkollision verhindern	212	189
3.1.3	Exkurs: § 16 Vergabeverordnung (VgV)	213	190
3.1.4	Markterkundung.....	216	192
3.1.5	Priorisierung des Offenen Verfahrens/ Öffentliche Ausschreibung	217	193
3.1.6	Schwellenwertermittlung.....	221	194
3.1.7	Vergabe nach Lösen	223	195
3.2	Präventive Maßnahmen beim Erstellen des Leistungsverzeichnisses	223	196
3.2.1	Ordnungsgemäße Vergabeunterlagen und Leistungsbeschreibung.....	223	196
3.2.2	Exakte Mengenermittlung	224	197
3.2.3	Bedarfspositionen/Alternativangebote.....	225	197
3.2.3.1	Normal- und Grundposition.....	225	197
3.2.3.2	Bedarfsposition.....	225	198
3.2.3.3	Wahl- oder Alternativposition	226	199
3.2.3.4	Möglichkeit einer Korruptionsprävention.....	227	200
3.2.4	Spekulationsangebote vermeiden	228	201
3.2.5	Produktneutrale Ausschreibung.....	228	202
3.2.6	Ausschaltung von planenden Bietern	229	203
3.2.7	Subunternehmer	229	204
3.2.8	Verhinderung von Schwarzgeldbeschaffung	230	205
3.3	Präventive Maßnahmen in der Angebotsphase bis zum Eröffnungstermin.....	230	206
3.3.1	Einhaltung der Fristen	230	206
3.3.2	Geheimhaltung der Bieterlisten.....	230	207
3.3.3	Umgang mit Auskunftersuchen von Bietern	231	208
3.4	Präventive Maßnahmen bei der Submission und Wertung.....	233	209

	Seite	Rn.
3.4.1	Ordnungsgemäße Angebotsöffnung	233 209
3.4.2	Beispielhafter Eröffnungsablauf im Bereich der VOB/A	236 210
3.4.2.1	Einrichtung einer Vergabestelle	236 210
3.4.2.2	Durchführung des Eröffnungstermins	236 210
3.4.2.3	Zur Eröffnung zuzulassende Angebote.	238 211
3.4.2.4	Der Verhandlungsleiter	238 212
3.4.2.5	Sicherungskopien	238 212
3.4.2.6	Feststellung der Unversehrtheit der Angebote	239 213
3.4.2.7	Öffnung und Kennzeichnung der Angebote	240 213
3.4.2.8	Zu verlesende Angaben	240 214
3.4.2.9	Behandlung von Änderungsvorschlägen und Nebenangeboten	241 215
3.4.2.10	Behandlung versehentlich nicht vorgelegter Angebote	242 216
3.4.2.11	Festzuhaltende Vorgänge und Sachverhalte	243 217
3.4.2.12	Eintragungen über verspätete Angebote	244 218
3.4.2.13	Eintragungen über versehentlich nicht vorgelegte Angebote	244 219
3.4.2.14	Einsichtnahme in die Niederschrift	244 220
3.4.3	Behandlung der Angebote bei Freihändiger Vergabe	245 221
3.4.4	Umgang mit Alternativvorschlägen und Nebenangeboten	245 222
3.4.4.1	Wertungskriterien für Nebenangebote oder Änderungsvorschläge	245 222
3.4.4.2	Gleichwertigkeit eines Nebenangebotes	246 223
3.4.4.3	Darlegung der Gleichwertigkeit	247 224
3.4.4.4	Maßgeblicher Zeitpunkt der Gleichwertigkeit	248 224
3.4.4.5	Darlegungs- und Beweislast für die Gleichwertigkeit	248 224
3.4.4.6	Prüfungspflicht des Auftraggebers	248 224
3.4.5	Nachträgliches Verändern der Angebotsunterlagen verhindern	249 225
3.4.6	Ausschluss von Angeboten bei Preisabsprachen	250 226
3.4.7	Verbot nachträglicher Bildung von Gemeinschaften 251 227	
3.4.7.1	Bietergemeinschaften	251 228
3.4.7.2	Rechtsform der Bietergemeinschaft	252 228
3.4.7.3	Bildung einer nachträglichen Bietergemeinschaft	252 228

		Seite	Rn.
3.5	Präventive Maßnahmen nach der Angebotsöffnung, Auftragsausführung und Abrechnung.	253	229
3.5.1	Verbot nachträglicher Verhandlungen	253	229
3.5.2	Exkurs: Aufklärung der Angebote am Beispiel von § 24 VOB/A.	254	230
3.5.2.1	Verpflichtung des Auftraggebers zur Führung von Aufklärungsgesprächen	254	230
3.5.2.2	Verursachung des Aufklärungsbedarfs durch den Auftraggeber	255	230
3.5.2.3	Glaubhafte Darlegungen des Bieters	255	230
3.5.2.4	Aufklärungsgespräche (§ 24 Nr. 1 VOB/A)	255	231
3.5.2.5	Beschränkung der Gespräche auf aussichtsreiche Bieter	256	231
3.5.2.6	Anspruch auf Wiederholung von Aufklärungsgesprächen	256	231
3.5.2.7	Möglicher Inhalt von Aufklärungsgesprächen	257	231
3.5.3	Verbot der Änderung des Leistungsinhaltes	259	232
3.5.4	Unmissverständliche Formulierung des Leistungsvertrages	260	233
3.5.5	Verbot des Abweichens des Leistungsvertrages von den Ausschreibungsbedingungen	260	234
3.5.6	Änderungen des Auftrages während der Ausführung	260	235
3.5.7	Überprüfung der erbrachten Leistung	261	236
3.5.8	Überprüfung der gelegten Rechnungen	263	237
4.	Zusammenfassung	263	238
4.1	Sensibilisierung und Verhaltenskodex	264	238
4.2	Personalrotation	264	238
4.3	Strikte Einhaltung des „Mehr-Augen-Prinzips“	264	238
4.4	Regelung zum Sponsoring und zum Verbot der Geschenkannahme	264	238
4.5	Zentrale Vergabestelle	265	238
4.6	Eindeutige Leistungsbeschreibung und Wettbewerbsprinzip	265	238
4.7	Ausgestaltung des Submissionsverfahrens	265	238
4.8	Elektronische Vergabe	265	238
4.9	Vergabevermerk/Ausübung der Dienst- und Fachaufsicht	265	238

	Seite	Rn.
4.10	Ausschluss von korrupsionsbeteiligten Unternehmen/Korruptionsregister	266 238
5.	Musterklauseln	266 239
5.1	Formulierung bei Zurücksendung von Zuwendungen	266 239
5.2	Muster Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit	267 239
 KAPITEL VII: Maßnahmen zur Selbstreinigung		
		269
1.	Was wird unter „Selbstreinigung“ verstanden? ..	271 240
2.	Worin kann eine Selbstreinigung bestehen?	271 241
2.1	Aufklärung und Zusammenarbeit mit den Behörden	271 241
2.2	Personelle und arbeitsrechtliche Maßnahmen.	273 242
2.3	Organisatorische Maßnahmen	274 243
3.	Wozu berechtigen die Anstrengungen zur Selbstreinigung?	275 244
4.	Beispiele aus der Rechtsprechung für nicht ausreichende Anstrengungen.	276 245
4.1	Erhalt von faktischem Einfluss für den belasteten Geschäftsführer steht glaubhafter Selbstreinigung entgegen.	276 245
4.2	Belastung der Geschäftsführung kann auch anderen Firmen der selben Firmengruppe entgegengehalten werden	278 246
5.	Beispiele aus der Rechtsprechung für ausreichende Anstrengungen.	279 247
5.1	Konsequente Maßnahmen zur Selbstreinigung führen auch zum Erfolg	279 247
5.2	Selbstreinigung ermöglicht erst Argumentation für wiederhergestellte Zuverlässigkeit	280 248
6.	Zusammenfassung	281 249

		Seite	Rn.
	KAPITEL VIII: Die Korruptionsregister	283	
1.	Sinn und Zweck von Korruptionsregistern	285	250
2.	Aktueller Stand bei den Korruptionsregistern. . .	285	250
2.1	Die jüngere Historie der Versuche einer einheitlichen Regelung auf Bundesebene	285	251
2.2	Landesrechtliche Regelungen	288	252
2.2.1	Auf Runderlassen beziehungsweise Verwaltungsvorschriften basierende Lösungen.	288	252
2.2.1.1	Die Niedersächsische Regelung	288	253
2.2.1.2	Die Regelung in Baden-Württemberg	289	254
2.2.1.3	Gemeinsame Elemente der landesrechtlichen Regelung	289	255
2.2.2	Die Regelung durch Gesetz in Nordrhein-Westfalen	290	256
2.2.2.1	Schwerpunkte des Gesetzes.	291	257
2.2.2.2	Geltungsbereich des Gesetzes	291	257
2.2.2.3	Das Vergaberegister	291	258
2.2.2.3.1	Verfehlungen.	291	258
2.2.2.3.2	Das Register als reine Informationsstelle, Rechtsschutz gegen Ausschlussentscheidungen	292	259
2.2.2.3.3	Verpflichtung zur Meldung.	293	260
2.2.2.3.4	Einsichtsrechte der Staatsanwaltschaft und anderer Behörden	293	260
2.2.2.3.5	Öffnung für andere Länder und den Bund	293	261
2.2.2.4	Anzeigepflichten und Transparenz.	293	262
2.3	Zusammenfassung	295	263
3.	Ausblick für die Zukunft auf Grundlage des letzten Regierungsentwurfs	296	264
3.1	Zweck des Gesetzes	296	265
3.2	Anwendungsbereich.	297	266
3.3	Korruptionsregister als zentrale Datenquelle	297	267
3.3.1	Pflicht zur Berücksichtigung der so gewonnenen Erkenntnisse	298	268
3.3.2	Kein Ersatz der Auszüge aus dem Gewerbezentralregister oder dem Bundeszentralregister.	299	269
3.3.3	Zu speichernde Daten	299	270
3.3.4	Mitteilungspflicht	299	270

	Seite	Rn.	
3.3.5	Umfang der Mitteilungspflicht.....	302	271
3.3.6	Information des betroffenen Unternehmens und der Beteiligten sowie Anhörung.....	303	272
3.3.7	Speicherung, Berichtigung und Löschung von Daten.....	306	273
3.3.8	Pflicht zur Anfrage.....	307	274
3.3.9	Auskunftserteilung.....	308	275
3.3.10	Art und Weise der Datenübermittlung.....	309	275
3.3.11	Übergangsregelung.....	310	276
3.4	Zusammenfassung.....	310	276
4.	Gesamtfazit	310	277

Anhang:

I.	Informationsfreiheitsgesetz (Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (IFG)) vom 05. September 2005 (BGBl. I 2005, 2722).....	313	278
II.	Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptions- prävention in der Bundesverwaltung vom 30. Juli 2004.....	318	279
III.	Gesetz zu dem Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im interna- tionalen Geschäftsverkehrs (Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung – IntBestG) vom 17. Dezember 1997.....	333	280
IV.	Gesetz zu dem Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EU-Bestechungsgesetz – EU-BestG) vom 10. September 1998.....	335	281
V.	Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergabe- registers in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz – KorruptionsbG) vom 16. Dezember 2004.....	337	282

	Seite	Rn.
VI. Öffentliches Auftragswesen – Ausschluss von unzuverlässigen Bewerbern von der Teilnahme am Wettbewerb gem. RdErl. d. MW, d. StK u. d. übr. Min. v. 31. 8. 2000 – 32-32567/2 vom 31. August 2000 (Nds. MBl. S. 611)	346	283
VII. Verwaltungsvorschrift der Landesregierung und der Ministerien zur Verhütung unrechtmäßiger und unlauterer Einwirkungen auf das Verwaltungshandeln und zur Verfolgung damit zusammenhängender Straftaten und Dienstvergehen (Korruptionsverhütung und -bekämpfung Baden-Württemberg) vom 19. Dezember 2005	352	284
VIII. Gesetz zur Einrichtung eines zentralen Registers über den Ausschluss unzuverlässiger Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge aus korruptionsbezogenen Gründen (Korruptionsregistergesetz – KorrRegG, aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Vergaberechts vom 29. März 2005)	367	285
IX. Formulierungsvorschlag für den Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen auf Landesebene	373	286
X. Mustervertrag PRO HONORE e. V.	381	287
Literaturverzeichnis	385	
Stichwortverzeichnis	387	